
Besitzstandsrepublik Deutschland

Alles ist gesagt. Nichts scheint vergessen. Die Parteien haben ihre umfangreichen Wahlprogramme vorgelegt. Bei aller bunten Vielfalt verblüfft eine gemeinsame Grundfarbe: Unbesehen hoher Staatsschulden von 1,2 Billionen Euro sowie leerer öffentlicher Kassen und unbeeindruckt von den bereits bedrohlich gestiegenen staatlichen Finanzierungsdefiziten wird von Rot bis Schwarz munter versprochen, Steuern zu senken und mehr Geld für Familie, Bildung, Sicherheit und Verteidigung auszugeben. Dabei müssten eigentlich die deutschen Staatsausgaben in den nächsten Jahren um jeweils 8 Mrd. Euro zurückgefahren werden, allein schon um einen „blauen Brief“ aus Brüssel abzuwenden.

Wer immer auch in Deutschland das Sagen haben wird, eine Botschaft werden alle verkünden müssen: Die über Jahrzehnte gewachsenen Ansprüche an den Sozialstaat werden sich künftig nicht mehr wie bisher finanzieren lassen. Nur wenn das sozialpolitische Dickicht ausgedünnt wird, werden sich jene Wachstumskräfte entfalten können, die auch und gerade zur Unterstützung der wirtschaftlich Schwächeren eine unabdingbare Voraussetzung sind. Es bleibt eben auch im 21. Jahrhundert sinngemäß gültig, was bereits Abraham Lincoln wusste: Wer die Schwachen stärken will, darf nicht die Starken schwächen!

Noch stemmen sich die großen Parteien gegen die notwendige Sanierung der Besitzstandsrepublik Deutschland. Aber der Reformdruck steigt. Der europäische Stabilitätspakt verringert den fiskalpolitischen Handlungsspielraum. Die Globalisierung nagt an staatlichen Fesseln. Die demographische Alterslawine rollt auf uns zu. Der Schuldenberg wird höher und höher. Noch hoffen anscheinend alle Kandidaten darauf, dass erst eine übernächste Regierung alte sozialstaatliche Besitzstände neu überdenken müsse. Diese kurzsichtige Verzögerungstaktik mag noch eine Weile aufgehen. Eine langfristige Überlebensstrategie für unsere Kindeskinde ist sie nicht.

Um in einer demographisch alternden Besitzstandsdemokratie die Entscheidungsträger zu wirklichen Reformen zu drängen, bedarf es offensichtlich tiefer Erschütterungen. So zynisch es sein mag, ist es die Misere auf dem deutschen Arbeitsmarkt, die für etwas Hoffnung sorgt. Allen Parteien ist bewusst, dass jeder deutsche Kanzler künftig daran gemessen werden wird, was er dafür getan hat, um die heute unmoralisch hohe Zahl der Arbeitslosen dramatisch zu verringern. Jede Regierung wird das Steuer herumreißen müssen, um die entmutigende beschäftigungspolitische Irrfahrt der Vergangenheit zu stoppen und auf einen Vollbeschäftigungskurs zurückzufinden. Nicht nur, dass Arbeitslosigkeit für die Betroffenen eine Tragödie ist. Die A-Frage ist auch deshalb die Schicksalsfrage der Zukunft, weil ihre richtige Beantwortung erlaubt, mit einem Schlag zwei Probleme zu lösen: Wer mehr Menschen in Beschäftigung bringt, wird mehr Verdienende haben, die Steuern bezahlen und weniger Erwerbslose, die Arbeitslosenunterstützung benötigen werden.

Wer nach dem 22. September das Kommando haben wird, sollte sich an das Wirtschaftswunder der Sozialen Marktwirtschaft erinnern und einen fundamentalen arbeitsmarktpolitischen Richtungswechsel vornehmen: Er sollte „Arbeit“ als den Kernbereich der „Wirtschaft“ sehen und die Arbeitsmarktpolitik von allem sozialpolitischen Ballast befreien. Die Trennung von „Markt“ und



Thomas Straubhaar

„Umverteilung“ ist der an sich triviale und gerade deshalb so mächtige Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft. Der Markt schafft zunächst die Grundlage, um soziale Umverteilung überhaupt erst finanzieren zu können. Heute hat sich das ursprüngliche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ins Gegenteil verkehrt. Es werden soziale Forderungen aller Art erhoben, die der Markt zu erfüllen habe. Arbeit wird mit einem schwer gewordenen sozialpolitischen Rucksack belastet. Als unheilvolle Konsequenz werden auf dem Arbeitsmarkt die Marktkräfte ausgeschaltet. Auf die für den Arbeitgeber maßgebliche Produktivität werden sozialpolitisch motivierte Lohnnebenkosten aller Art draufgesattelt. Als Ergebnis klaffen „brutto“ und „netto“ in einem bedenklichen Ausmaße auseinander. Es öffnet sich eine immer größere Lücke für Schwarzarbeit und ausländische Konkurrenten.

Eine zukunftsweisende Arbeitsmarktpolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft muss dafür sorgen, dass der Arbeitsmarkt wieder ein „Markt“ wird. Sie muss verhindern, dass so genannte Tarifpartner den Wettbewerb ausschalten und Kartellvereinbarungen zu Lasten Dritter abschließen. Sie muss ermöglichen, dass Löhne nach dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage gefunden werden können. Sie muss anerkennen, dass Menschen unterschiedlich leistungsfähig sind. Dementsprechend verschieden ist ihre Wertschöpfung. Somit ist in Kauf zu nehmen, dass auch ihre Löhne differieren. Ja, es ist auch zu akzeptieren, dass der ausgehandelte Marktlohn möglicherweise so gering ist, dass er nicht erlaubt, ein als „gerecht“ und „menschenwürdig“ definiertes Mindesteinkommen zu erzielen.

An dieser Stelle tritt das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft in Aktion. Wer auf einem freien Arbeitsmarkt weniger als ein politisch gewünschtes Minimaleinkommen verdient, wer in Not gerät oder wer Hilfe benötigt, soll durch die Gemeinschaft finanziell unterstützt werden. Weil diese sozialpolitische Solidarität eine fundamentale Staatsaufgabe ist, soll sie auch durch Steuern von allen und nicht in einem (zu) hohen Maße durch Lohnnebenabgaben finanziert werden. Nur so nähert sich das „Brutto“ dem „Netto“ wieder an.

Dabei soll wann immer möglich die Hilfe direkt an jene Menschen gehen, die der Unterstützung bedürfen und nicht indirekt durch irgendwelche preisverzerrenden sozialpolitischen Eingriffe in den Bildungs-, Gesundheits-, Versicherungs-, Wohnungs- oder eben Arbeitsmarkt. Menschen müssten direkt mit Zuschüssen oder Gutscheinen unterstützt werden, um sich auf freien Märkten jene Güter und Dienste leisten zu können, die sie mit ihrem Markteinkommen selber nicht zu finanzieren in der Lage sind. Für den Arbeitsmarkt hält die Soziale Marktwirtschaft ein ganzes Arsenal von marktkonformen Maßnahmen bereit. Es beginnt bei Ausbildungsgutscheinen für Jugendliche mit wirtschaftlich schwachen Eltern, geht weiter über Lohnzuschüsse für den Niedriglohnbereich und endet bei Prämienzuschüssen für (private) Zwangsversicherungen gegen Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit.

Nun ist natürlich die Ursachentherapie in Deutschland längstens und bestens bekannt. Noch aber wagen es die politischen Parteien nicht, sich mit den mächtigen Interessengruppen anzulegen, die den Arbeitsmarkt fest in ihrem Griff haben. Es ist wie bei den Mäusen und der Katze: Allen wäre geholfen, wenn die Katze eine Glocke tragen würde. Nur traut sich keine der Mäuse zur Heldentat, der Katze die Glocke umzuhängen. Muss sich die Krise auf dem Arbeitsmarkt der Besitzstandsrepublik Deutschland wirklich noch derart zuspitzen, bis eine deutsche Regierung endlich den Mut finden wird, Reformen zu wagen?